



In der Warteschleife

Die Solarthermie-Branche drückt aufs Tempo: Nun soll eine Forschungsplattform der Technologie in Europa zum Durchbruch verhelfen. Nur wenn die EU zügig eine Richtlinie für regeneratives Heizen und Kühlen auf den Weg bringt, wird sich der Markt bewegen.

Text: Sascha Rentzing

In seinen wohl verdienten, wenn auch kurzen Sommerurlaub verabschiedete sich Uwe Brechlin mit prima Laune: „Wir sind auf sehr, sehr gutem Wege und gehen davon aus, dass die Solarthermie in einigen Jahren in vielen Regionen Europas üblich und verbreitet sein wird“, sagt der Generalsekretär der European Solar Thermal Industry Federation (Estif). Brechlins Optimismus kommt nicht von ungefähr: EU-Energiekommissar Andris Piebalgs hatte zuletzt mehrfach betont, noch in diesem Jahr einen Vorschlag für eine Richtlinie zum Heizen und Kühlen mit erneuerbaren Energien (RES-H) vorzulegen. Estif und andere europäische Regenerativverbände fordern ein solches Instrument seit Jahren (neue energie 3/2006).

Branche startet Technologie-Offensive

Zuversichtlich ist Brechlin auch aus einem anderen Grund: Am 30. Mai startete die von Industrie und Forschung angestoßene Europäische Plattform für Solarthermie-Technologien (ESTTP). Sie soll eine umfassende Strategie für Forschung und Marktentwicklung für die Solarthermie in Europa schaffen. Die Vision: Mit ihrer Hilfe den Anteil der in den EU-Staaten installierten Sonnenwärme-Leistung bis 2030 von derzeit rund 10.000 auf 200.000 Megawatt (MW) zu erhöhen. So soll 2030 etwa die Hälfte der benötigten Niederemperaturenergie in Europa, also Wärme für Trinkwasserbereitung und Heizung, mit Sonnenkollektoren erzeugt werden.

Im Mittelpunkt der „Bottom-up“-Initiative steht die Arbeit in Gruppen. „Working groups“ etwa sollen ermitteln, wie groß der Forschungsbedarf in speziellen Technologiebereichen ist, zum Beispiel bei neuen Anwendungen wie Wärmespeichern, Kollektoren für die industrielle Nutzung (Mitteltemperatur-Kollektoren) oder solaren Kühlmaschinen. So genannte nationale Spiegel-Teams sollen die Erkenntnisse schließlich in ihren Ländern verbreiten und dafür sorgen, dass alle auf dem gleichen Wissensstand sind und überall an den gleichen wichtigen Themen gearbeitet werden kann. Mit ersten Ergebnissen wird in zwei, drei Jahren gerechnet; dann soll klarer sein, was in einzelnen Bereichen an Forschungsarbeit zu leisten ist.

SONNENWÄRME IN BRÜSSEL: Auf einem der Verwaltungsgebäude des EU-Parlaments wurde Ende April eine Solarthermie-Anlage in Betrieb genommen.

Damit hat sich die Branche ambitionierte Ziele gesetzt. Aber das Projekt ‚Marktdurchdringung‘ selbstbewusst anzugehen, ist durchaus angesagt: Die Plattform steht auf breitem Fundament; alles was an Firmen und Forschern in Europa Rang und Namen hat, macht mit – derzeit sind es über 100 Teilnehmer aus etwa einem Dutzend Ländern. Außerdem kann die Branche auf Piebalgs Unterstützung zählen: „Ich bin sicher, dass die Kommission und die Estif-Mitglieder gemeinsam die Marktposition der Solarwärme erreichen, die ihr gebührt“, sagte der Energiekommissar bei der Auftaktveranstaltung in Brüssel.

Allzu sicher sollte sich die Branche ihrer Sache aber nicht sein. Denn unabdingbare Voraussetzung für den Erfolg der Solarthermie ist, dass eine RES-H mit klaren Regeln, also etwa Verpflichtungen zur Einführung von nationalen Förderinstrumenten und zum Abbau administrativer Hemmnisse, schnell kommt. Nur auf Basis der Richtlinie ließen sich auch die zahlreichen bisherigen Verweigerer dieser Technologie, darunter Italien, die Benelux- oder die osteuropäischen Länder, dazu bewegen, stärker auf die solare Wärme zu setzen.

Veto der Länder befürchtet

Piebalgs ist hier nicht das Problem – in Brüssel ist man sich sicher, dass der Energiekommissar Wort halten und einen RES-H-Vorschlag pünktlich vorlegen wird. Dem Projekt viel gefährlicher könnte dagegen der Europäische Rat, sprich: die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsländer, werden. Dieser hat neben dem Parlament letztlich über den Richtlinien-Vorschlag zu befinden. Und es gilt als offenes Geheimnis, dass sich einige EU-Mitglieder nicht auf verbindliche Ziele und weitgehende Verpflichtungen einlassen werden, also lediglich einen „RES-H light“ akzeptieren wollen. „Es wird schwierig, den Ländern ein solches Instrument an die Hand zu geben“, schätzt die Europaparlamentarierin Mechthild Rothe. „Viele wollen es nicht. Für das Parlament, das sehr für eine starke Richtlinie ist, könnte es darum noch einmal ein großer Akt werden, auf detaillierte Vorgaben zu drängen“, befürchtet die SPD-Politikerin.

Womit kann die Branche also nach dem derzeitigen Stand der Dinge rechnen? In seinem Initiativbericht an die Kommission empfiehlt das Parlament, den Ländern „effektive nationale Ziele“ vorzugeben, die helfen sollen, den Anteil erneuerbarer Energien zur Erzeugung von Wärme und Kälte – Solarthermie, Biomasse und Geothermie – von derzeit zehn auf mindestens 20 Prozent bis 2020 zu verdoppeln. So sollen etwa in allen Mitgliedsstaaten Förderinstrumente wie steuerliche Vergünstigungen oder direkte Investitionshilfen eingeführt werden. Außerdem fordern die Parlamentarier Vorgaben zum Abbau von administrativen Hindernissen, zum Beispiel durch transparente Zuständigkeitsregelungen und eindeutige Genehmigungsverfahren.

RES-H kommt frühestens Anfang 2007

Vermutlich wird Piebalgs die Empfehlungen der Parlamentarier weitgehend berücksichtigen und seinen Vorschlag Rat und Parlament auch in Kürze zur Beratung vorlegen. Im Idealfall akzeptiert der Rat das Papier und die Gremien einigen sich schon in erster Lesung; dann könnte die RES-H möglicherweise schon Mitte 2007 in Kraft treten und die Länder mit der konkreten Umsetzung der Vorgaben beginnen.

Dass dieser Idealfall eintritt, ist zumindest denkbar: Im ersten Halbjahr 2007 übernimmt Deutschland für sechs Monate die Ratspräsidentschaft in der Europäischen Union und dem Vernehmen nach wird auch die regenerative Wärme eines der Themen sein, die angegangen werden sollen. „Ich bin guter Dinge, dass wir schnell Fortschritte machen können“, sagt Rothe.

Stellt sich der Rat indes quer, kann es – je nach dem, wie weit die Gremien auseinanderliegen – mit einer RES-H bis 2008 und länger dauern. Und Ergebnis könnte unter Umständen auch nur eine „weiche“ Richtlinie sein, die anstelle von „verpflichtenden“ oder „effektiven“ nur von „empfohlenen Zielen“ spricht, die Länder also kaum an die Kandare nimmt.

Sinnvoll wäre eine starke Direktive, welche die Solarthermie wie die anderen regenerativen Energien zur Wärmeerzeugung kräftig „pusht“, in jedem Fall. Rund 50 Prozent

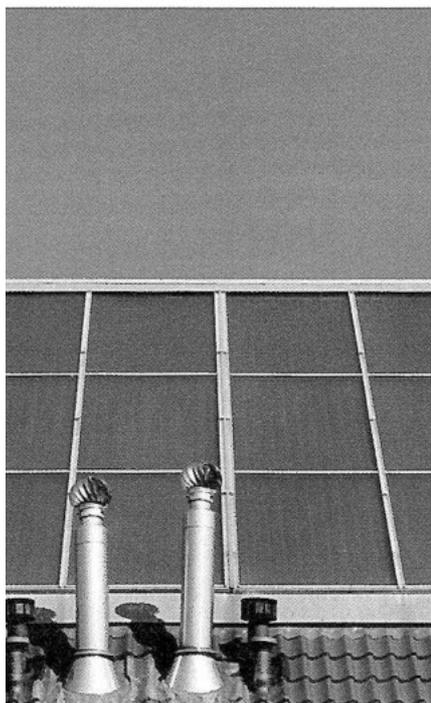
des Energieverbrauchs in Europa entfallen auf den Wärmesektor, aber nur etwa zehn Prozent werden mit erneuerbaren Energien gedeckt. Dabei sind ihre Potenziale enorm: Nach Informationen des European Renewable Energy Council (Erec) könnten allein durch die Nutzung der Solarthermie 30 Prozent der Ölimporte der EU aus dem Mittel- und Osten vermieden werden.

Ein Riesenpotenzial für die Solarthermie sehen die Experten vor allem in den südeuropäischen Ländern. Kurioserweise spielt die Technologie hier aber eine weitaus geringere Rolle als in so manchem mittel- oder nordeuropäischen Staat. In Österreich zum Beispiel wurden 2005 163,4 MW solarthermische Leistung aufgestellt. Damit war Austria beim Zubau hinter Deutschland (665 MW) zweitstärkstes Land in Europa. Zurückführen lässt sich der Erfolg der Sonnenwärme dort vor allem auf die attraktive staatliche Förderung von bis zu 30 Prozent der Investitionskosten sowie die gute Öffentlichkeitsarbeit der heimischen Solarlobby – in Österreich gibt es zehn unabhängige Beratungseinrichtungen, die tagtäglich nichts anderes tun, als Bauwillige und das installierende Handwerk über die Technologie zu informieren.

Wenig Solarliebe in Südeuropa

Dagegen sieht es beispielsweise in Italien, einem der Sonnenländer schlechthin, mit der Solarwärmenutzung mehr als mau aus. Gerade einmal 50,4 MW wurden zwischen Südtirol und Stiefelspitze im letzten Jahr installiert, also nur ein Drittel dessen, was beim nördlichen Nachbarn Österreich realisiert wurde. „Italien ist einfach lahm. Wir können nur hoffen, dass das Land durch eine Wärmerichtlinie endlich wachgerüttelt wird“, betont Brechlin.

In Portugal, Spanien und Frankreich sieht es bisher kaum besser aus – keines dieser Länder ist 2005 über 100 MW hinaus gekommen. Immerhin ist für die Solarthermie dort aber zumindest Land Sicht, was wohl in erster Linie darauf zurückzuführen ist, dass die Staaten begriffen haben: Die EU ist am Thema regenerative Wärme dran und früher oder später werden sie aktiv werden müssen.



MEHR RAUSHOLEN: Ohne eine starke gesetzliche Basis wird sich die Solarthermie nur schwerlich auf Europas Dächern durchsetzen.

Frankreich etwa hat im letzten Jahr einen ersten wichtigen Schritt getan und sein Fördersystem stark vereinfacht. Ein ewig leerer Fördertopf, das ständige „Stop and go“ bei der Förderung sowie ein kompliziertes Antragsverfahren hatten viele potenzielle Kunden von einer Investition in ein Solarsystem abgehalten. Seit dem 1. Januar profitieren Käufer einer solarthermischen Anlage nun von einer reduzierten Steuer. 40 Prozent der Materialkosten können von der Einkommenssteuer abgezogen werden. Eine Maßnahme, die bereits erste Wirkung gezeigt hat: 2005 wurden in Frankreich 85,1 MW Solarwärme-Leistung aufgestellt – 134 Prozent mehr als 2004 (36,4 MW).

Spanien dagegen will die Technologie mithilfe einer nationalen Solarwärmepflicht nach vorne bringen. Die Regierung hat im März eine neue technische Gebäude-richtlinie (Codigo Tecnico de la Edificacion, CTE) verabschiedet, die unter anderem die Nachhaltigkeit von Gebäuden und deren Energieeffizienz regelt. Diese sieht einen obligatorischen solaren Deckungsgrad für alle Neubauten und Sanierungen von 30 bis 70 Prozent für die Warmwasserbereitung

vor. Ähnliche Solaranlagen-Verordnungen gibt es bereits in einigen spanischen Städten wie Barcelona oder Madrid (neue energie 12/2005).

Wie viel solar sein muss, richtet sich vor allem nach dem Warmwasserbedarf und der geographischen Lage. Ganz offensichtlich will die spanische Regierung schnell etwas bewegen: Die Baupflicht soll bereits im Oktober dieses Jahres in Kraft treten. Die städtischen Verordnungen bleiben in Kraft solange sie strengere Anforderungen als die CTE stellen.

Vorbild Spanien?

Ob die Richtlinie erfolgreich sein wird, bleibt abzuwarten. In Barcelona beispielsweise, wo die solare Baupflicht bereits seit 1999 gilt, ist die Sonnenwärme erst im letzten Jahr so richtig in Fahrt gekommen. Grund für den schleppenden Start: Weil Bauherren nicht über den ökologischen und ökonomischen Nutzen informiert wurden und die Sonnenboiler zunächst schlicht unnötige zusätzliche Baukosten verursachen, war die Zurückhaltung anfangs groß. Das zeigt: Information und Aufklärung sind Grundvoraussetzung dafür, dass Richtlinien wirken können.

Die Erkenntnisse aus Barcelona könnten auch für Deutschland wichtig sein. Um vom unsicheren Marktanzreizprogramm wegzukommen – die Fördermittel reichen längst nicht mehr aus, um die komplette Nachfrage zu befriedigen –, aber auch um der Rolle als Marktführer dieser Technologie in Europa gerecht zu werden, hat sich die Bundesregierung vorgenommen, ein regeneratives Wärmegesetz zu entwickeln. Zur Diskussion steht neben einem Vergütungsmodell nach Vorbild des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (Wärme-EEG) ebenfalls ein Einsatzzpflichtmodell.

Weiter warten aufs Wärmegesetz in Deutschland

Während die spanische Regierung jedoch offenbar schnell Nägel mit Köpfen machen will, lässt sich die Große Koalition mit einem solchen Gesetz Zeit. Das muss prinzipiell nichts Schlechtes heißen, gilt es doch, viele schwierige Fragen abzuwägen. Ursprünglich wollte die Große Koalition in dieser Sache aber schneller vorankommen und eine entsprechende Gesetzesvorlage nach Möglichkeit im ersten Halbjahr 2006 präsentieren (neue energie 3/2006) – also bevor Piebalgs seinen RES-H-Vorschlag vorlegt.

Daraus wird nichts mehr. Nicht weil Deutschland Brüssel den Vortritt lassen will, sondern da es im Bundesumweltministerium (BMU) hakt: Erst Ende Mai wurde den Regenerativverbänden ein „Konsultationspapier zur Entwicklung eines Instruments zur Förderung der erneuerbaren Energien im Wärmemarkt“ zugeleitet. Bis zum 15. Juli haben diese nun Zeit, sich zu den Instrumenten zu äußern. Auf Grundlage dieser Eingaben wird sich das BMU dann an die Erarbeitung eines konkreten Vorschlags machen. Erst danach – wann genau ist schwer abzusehen – wird sich das Kabinett mit dem Thema befassen.

Die Solarbranche ist über diese Verzögerung wenig erfreut, aber sie trägt es mit Fassung. „Sehr wahrscheinlich werden wir vor Ende 2007 kein Beinbruch. Der Prozess läuft und das ist wichtig“, gibt sich Gerhard Stry-Hipp, Geschäftsführer des Bundesverbands Solarwirtschaft (BSW), entspannt.

Ungewöhnlich ist diese Lockerheit schon, hat doch gerade der BSW in den letzten Jahren stets auf ein regeneratives Wärmegesetz gedrängt. Dass hierzulande trotz des ins Stocken geratenen politischen Prozesses keine große Aufregung herrscht, kann nur einen Grund haben: Momentan läuft es für die Solarthermie gut. Wegen der stetig steigenden Preise für Gas und Öl setzen hierzulande immer mehr Verbraucher auf Kollektoren und Sonnenboiler (neue energie 3/2006). Die Nachfrage nach Fördermitteln ist derzeit so stark, dass das BMU die Kollektorfördersätze im Marktanzreizprogramm für alle Anträge, die nach Februar beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) eingegangen sind und eingehen werden, um 35 Prozent gekürzt hat.

„Die Bundesbürger erkennen zunehmend, dass sich Heizkosten mit Hilfe erneuerbarer Energien deutlich senken lassen“, beschreibt Stry-Hipp die Situation. Trotz geringerer Förderung werde der Markt in Deutschland deshalb weiter stark wachsen; ein Zubau von 840 MW Solarwärme-Leistung, also ein Wachstum von 30 Prozent, sei dieses Jahr drin, so Stry-Hipp.

Estif-Geschäftsführer Brechlin würde sich derartige Zahlen auch für viele andere europäische Länder wünschen, wo trotz teurer fossiler Brennstoffe kein Umdenken erkennbar ist. Aber wie gesagt: Mit der Forschungsplattform für Solarthermie-Technologien hat die Branche einen großen Schritt getan, nun ist Brüssel am Zug. ◀